



Maintal, 02.08.2020

#### Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

#### Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

#### Wir sind

- Ärzt\*innen
- Psychotherapeut\*innen
- Medizinstudierende

### ***Solidaritätsadresse des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte an die Angehörigen, Überlebenden und Unterstützer\*innen der Ermordeten von Hanau***

Als Mitglieder des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte wollen wir den aktuellen Aufruf der Angehörigen der Opfer, der Überlebenden und Betroffenen, des Instituts für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar Hanau e.V. und der Initiative 19. Februar Hanau zu einer bundesweiten Gedenk- und Protestdemonstration am 22. August 2020 zum Anlass nehmen, den Hinterbliebenen, Angehörigen, Familien und den Unterstützer\*innen nicht nur unser Beileid und Mitgefühl auszudrücken, sondern auch unsere Unterstützung bei Ihren Forderungen nach Aufklärung der Morde und ihrer Hintergründe und nach notwendigen politischen und juristischen Konsequenzen.

Die Ermordung von Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kenan Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Vili Viorel Păun, Sedat Gürbüç, Kalojan Welkov, Fatih Saraçoğlu durch einen rassistischen Täter am 19. Februar 2020 in Hanau ist ein schrecklicher Ausdruck des wachsenden rechten Terrors in Deutschland. Rassistische Gewalttaten sind immer mehr als individuelle Verbrechen, sie sind Teil gesellschaftlicher Strukturen, die Menschen nach vermeintlichen kollektiven Zugehörigkeiten klassifizieren und hierarchisieren, die Privilegien, Ausgrenzungen und Diskriminierungen in Gesetze gießen und in administrativem Handeln sichtbar und erfahrbar werden.

Wir begrüßen Eure Initiative und haben großen Respekt vor Eurem Mut. Gerade vor dem Hintergrund der Verhältnisse in Hessen, wo sich nicht erst seit dem unfassbaren Mord an Halit Yozgat 2006 in Anwesenheit eines Verfassungsschützers oder dem Mord an Walter Lübcke durch einen den Behörden seit Jahren bekannten Neonazi eine bedrohliche Atmosphäre entwickelt hat. Die Ereignisse um den so genannten „NSU 2.0“ aus dem hessischen Polizeiparagrafen heraus machen das gerade wieder deutlich.

Deshalb müssen bei der Aufklärung dieser Verbrechen auch die Fragen nach der Verantwortung und nach dem Versagen von Politiker\*innen, staatlichen Institutionen und Strafverfolgungsbehörden sowohl im Vorfeld als auch bei der Aufklärung der Tat mit ins Blickfeld rücken, wie es die Initiative 19. Februar Hanau fordert.

Wir fordern unsere Mitglieder dazu auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und anderweitig solidarisch zu zeigen - nicht nur in Hanau und Hessen, sondern an allen Orten in diesem Land.

*Der Vorstand des vdää*